



Leicht verbessertes Arzneimittelgesetz droht zum Placebo zu werden

Leicht verbessertes Arzneimittelgesetz droht zum Placebo zu werden
Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht im heute im Agrarausschuss des Bundestages diskutierten Bundesratsvorschlag zur Novelle des Arzneimittelgesetzes (AMG) lediglich einen Zwischenschritt bei der notwendigen Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung. Um den Einsatz dieser Medikamente bis 2015 halbieren zu können, seien im Gesetz konkrete Minderungsziele erforderlich, diese fehlten jedoch weiterhin, sagte die BUND-Agrarexpertin Reinhild Benning. Daten wie die Haltungsformen der Tiere, ihre Zuchtlinien, eventuelle Tiertransporte und Angaben zur Fütterung müssten ebenfalls erfasst werden. Überhöhte Antibiotikagaben seien auch in Zuchtbetrieben und Fischfarmen üblich. In diesen Branchen müsse der Einsatz von Medikamenten deshalb ebenfalls erfasst werden, forderte Benning. Was bei der Abwehr zunehmender Antibiotika-Resistenzen aus dem Blick zu geraten drohe, seien die eigentlichen Ursachen für den hohen Antibiotika-Einsatz, so die BUND-Expertin. "Eine bundesweit einheitliche Datenbank zur Erfassung der Antibiotika-Anwendungen in Korrelation zur Tierhaltung ist dringend erforderlich. Das häufige Erkranken der Tiere in Massentierhaltungs-Anlagen wird sie jedoch noch nicht verringern. Qualzucht und viel zu enge, nicht tiergerechte Haltungsformen sind die Hauptgründe für den hohen Medikamenteneinsatz. Solange sich Agrarministerin Ilse Aigner vorrangig den Interessen der industriellen Fleischproduktion verpflichtet fühlt, wird sich daran leider wenig ändern", sagte Benning. Die Forderungen des Bundesrates zur Verbesserung der Haltungsbestimmungen müssten endlich aufgegriffen und in das Gesetz eingefügt werden. Außerdem müsse Agrarministerin Ilse Aigner das Tierschutzgesetz so verändern, dass Qualzucht verboten und die tiergerechte Fütterung und Haltung Standard würden. "Ein Jahr nach Bekanntwerden des Antibiotika-Missbrauchs in der Tierhaltung sieht die Bilanz von Agrarministerin Ilse Aigner düster aus. Keine Vorsorge gegen Missbrauch von Antibiotika in den Ställen, kein Senkungsziel für Antibiotika, kein verbessertes Tierschutzgesetz, keine Baugesetzbuchänderung zum Schutz der Anwohner von Massentierhaltungs-Anlagen - mit dieser Bilanz will Frau Aigner zurück nach Bayern gehen? Es wäre nicht verwunderlich, wenn die bayerischen Bauern sie wieder nach Berlin schickten mit der Aufforderung: Aufgabe unerfüllt, zurück auf Anfang", so Benning.

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.